

Rucht, Dieter

**Book Part — Digitized Version**

## Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Rucht, Dieter (1993) : Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, In: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Ed.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, ISBN 3-531-12354-8, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 251-275

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112215>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

## Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung<sup>1</sup>

Politische Parteien, Interessenverbände und soziale Bewegungen haben einen gemeinsamen Nenner: Sie lassen sich als Systeme politischer Interessenvermittlung begreifen. Inwieweit sie freilich in einen übergreifenden konzeptionellen Rahmen integriert werden können, wo im einzelnen ihre Gemeinsamkeiten und ihre Unterschiede liegen und wie sich diese Systeme zueinander verhalten<sup>2</sup>, ist weitgehend ungeklärt.

Im folgenden wird diesen Fragen nachgegangen. Leitend ist die These, daß Parteien, Verbände und Bewegungen unter funktionalen Gesichtspunkten in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen. Ein Indiz hierfür ist, daß sich diese Formen politischer Interessenvermittlung seit ihrer Herausbildung im Verlauf des 19. Jahrhunderts nicht wechselseitig verdrängt haben. Das läßt den noch näher zu begründenden Schluß zu, daß sie jeweils spezifische Leistungen erbringen und sich nicht wechselseitig ersetzen können, obgleich sie durchaus um bestimmte Ressourcen konkurrieren.

In diesem Beitrag wird zunächst in einem kursorischen Rundblick auf verschiedene Diskussionsstränge und Forschungsrichtungen im Feld politischer Interessenvermittlung hingewiesen (1). Danach soll dieser Untersuchungsbereich begrifflich präzisiert (2) und innerhalb eines Modells des öffentlichen Raumes verortet werden (3). Weiterhin gehe ich auf die Spezifika von Parteien, Verbänden und Bewegungen ein (4), um schließlich einige Thesen zum Wandel ihrer Strukturen und Beziehungen zu präsentieren (5).

---

1 Diese Überlegungen gehen zurück auf einen Vortrag im Rahmen der Tagung "Parteienforschung in der Bundesrepublik Deutschland: Stand und Perspektiven", 4. und 5. Oktober 1990, Universität Mannheim. Für kritische Kommentare zu einer früheren Fassung dieses Beitrags danke ich vor allem Dieter Fuchs, Jürgen Gerhards, Friedhelm Neidhardt, Rainer Paris, Joachim Raschke, Roland Roth und Richard Stöss.

2 Mit Blick auf Parteien und soziale Bewegungen konstatiert z.B. Raschke ein ungeklärtes Spannungsverhältnis. Siehe Joachim Raschke, Bewegung und Partei, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1. Jg. (1988), H. 4., S. 6.

## 1. Politische Interessenvermittlung: Notizen zum Diskussionsstand

Die jeweilige Spezialliteratur zu Parteien, Verbänden und Bewegungen ist kaum überschaubar und bleibt im folgenden ganz ausgeklammert. Eher dürftig ist dagegen die Literatur, die diese Formen politischer Interessenvermittlung zusammenhängend und vergleichend behandelt.

Die ältere (Politische) Soziologie und Politikwissenschaft hatten aufgrund ihres noch geringen Differenzierungsgrades eine relativ breite Perspektive auf verschiedene Formen politischer Interessenvermittlung eingenommen, wenngleich unterschiedliche Schwerpunkte und Sammelbegriffe gesetzt. So wählte beispielsweise Max Weber mit dem Oberbegriff "Verband" eine Kategorie, die sowohl den Staat, politische Parteien als auch Interessenverbände im heutigen Sinne des Wortes einschloß. Dagegen haben soziale Bewegungen keinen systematischen Stellenwert in Webers Werk. Sie werden im Grunde nur als "Masse", als "irrationale Straßenherrschaft" begriffen, die vor allem beim Fehlen rational organisierter Parteien hervorträte<sup>3</sup>. Ganz unterschiedlich im Ansatz, aber doch vergleichbar in der Absicht, vielfältige empirische Erscheinungsformen auf einen analytischen Nenner zu bringen, war das Bemühen der Begründer des collective-behavior-Ansatzes. Sie verstanden soziale Bewegungen und Parteien als Ausdrucksformen kollektiven Verhaltens mit unterschiedlicher Komplexität und organisatorischer Verdichtung<sup>4</sup>. Die damit angelegte integrative Sichtweise wurde jedoch im Zuge der Auseinanderentwicklung von Soziologie und Politikwissenschaft in den USA nicht genutzt<sup>5</sup>.

Direkt am Begriff Interessenvermittlung setzten dagegen die ebenfalls in den USA entwickelten Theorien der Massengesellschaft an. Angestoßen durch die Erfahrungen mit totalitären Regimen, stellte zum Beispiel Kornhauser<sup>6</sup> die Frage

---

3 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. rev. Aufl., Tübingen: Mohr 1976, S. 886.

4 Vgl. Robert E. Park/Ernest W. Burgess, *Introduction to the Science of Sociology*, Chicago: University of Chicago Press 1921, S. 193.

5 Faktisch analysierte die von Soziologen dominierte collective-behavior-Forschung primär relativ unstrukturierte Phänomene von der Panik bis hin zu sozialen Bewegungen, während sich die Politikwissenschaft vornehmlich der Interessengruppen und Parteien annahm. Insbesondere die strukturfunktionalistisch orientierten Autoren im Umkreis des *Committee on Comparative Politics* widmeten sich der Frage politischer Interessenvermittlung in Form von Verbänden und Parteien, obgleich ihre Klassifikation von Interessengruppen neben institutionellen Formen auch "non-associational groups (informal factional and clientelist groups), and anomic groups (mobs, riots, etc.)" einschloß. Vgl. Gabriel A. Almond, Corporatism, Pluralism, and Professional Memory, in: *World Politics*, 35. Jg. (1983), H. 2, S. 254.

nach der Mediatisierung zwischen "Massen" und "Eliten" als Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie. In dieser Linie, wenngleich ohne den negativen Bezugspunkt totalitärer Systeme, stehen auch einige neuere Arbeiten zur politischen Interessenvermittlung<sup>7</sup>. Ebenso rücken die unter dem Stichwort Neokorporatismus versammelten Studien Aspekte der Interessenaggregation und -vermittlung in den Vordergrund. Ausgehend von der ursprünglichen Konzentration auf den tripartistischen Korporatismus der Spitzen von Staat, Kapital und Gewerkschaften erweiterte sich das Forschungsinteresse. Damit kamen sowohl andere Ebenen (v.a. der Mesobereich) als auch jenseits des politökonomischen Zentrums liegende Politikfelder in den Blick. Trotz dieser breiteren Perspektive blieb allerdings die Konzentration auf verbandsförmige und staatliche Akteure erhalten, so daß Parteien wie auch soziale Bewegungen wenig Aufmerksamkeit fanden<sup>8</sup>.

Auch in neueren Arbeiten, die sich ausdrücklich der Politischen Soziologie zuwandten, erfuhren die drei hier betrachteten Hauptformen politischer Interessenvermittlung in der Regel eine sehr ungleiche und ihre Zusammenhänge oft vernachlässigende Behandlung<sup>9</sup>. Dies wird deutlich bei einer Durchsicht ver-

---

6 Vgl. William Kornhauser, *The Politics of Mass Society*, New York: The Free Press 1959.

7 Vgl. Sander Halebsky, *Mass Society and Political Conflict: Toward a Reconstruction of Theory*, Cambridge: Cambridge University Press 1976; Birgitta Nedelmann, New Political Movements and Changes in Process of Intermediation, in: *Social Science Information*, 23. Jg. (1984), H. 6, S. 1029 ff.

8 Dies gilt selbst für die Arbeiten, die sich vom Konzept des Korporatismus mehr oder weniger lösten und grundsätzlichere Fragen der Interessenorganisation aufgriffen. Vgl. dazu verschiedene Beiträge in Suzanne D. Berger, *Organizing Interests in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press 1981. Auch neuere Arbeiten, die unter der wenig präzise gefaßten Kategorie "Politikvermittlung" versammelt wurden (vgl. Ulrich Sarcinelli [Hrsg.], *Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1987), vernachlässigen soziale Bewegungen.

9 Blickverengungen der genannten Art entfallen, sobald das am politischen Prozeß partizipierende Individuum zum zentralen Untersuchungsgegenstand wird. Vor allem die auf Survey-Daten beruhenden Arbeiten zur politischen Beteiligung können auf empirischer Basis ermitteln, mit welchen Erwartungen und in welchem Umfang sich Bürger und Bürgerinnen in verschiedenen Interessenformationen engagieren bzw. wie sie deren Aktivitäten einschätzen. In diesen Zusammenhang gehören die Political Action-Studien (Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., *Political Action. Mass Participation in Five Nations*, Beverly Hills/London: Sage 1979; Kent M. Jennings/Jan W. van Deth et al., *Continuities in Political Action*, Berlin: de Gruyter 1990), die regelmäßigen Eurobarometer-Umfragen (Nicholas S. J. Watts, Mobilisierungspotential und gesellschaftliche Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen, in: Roland Roth/Dieter Rucht [Hrsg.], *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1987, S. 47 ff.; Dieter Fuchs/Dieter Rucht, *Support for New Social Movements in five Western European Countries*, Paper, ESF/ESCR-Conference on Political Participation in Europe, Manchester, 5.-8. Januar 1990; Jürgen Hofrichter/Hermann Schmitt, Eher mit- als gegeneinander!, in: Roland Roth/Dieter Rucht [Hrsg.], *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, 2. aktual. u. erw. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1991, S. 469 ff.) sowie die Analysen, die auf der sog. Gewaltumfrage (Max Kaase/Friedhelm Neidhardt,

schiedener Einführungen und Systematiken zur Politischen Soziologie<sup>10</sup>. Im Kontrast dazu stehen Arbeiten, die entweder aufgrund ihres hohen Abstraktionsniveaus diese speziellen Typen politischer Interessenvermittlung weitgehend ignorieren<sup>11</sup> oder aber aufgrund ihrer hohen Spezialisierung sich nur noch einem Typus, und hier oft nur einem Teilaspekt, zuwenden. Zur letzten Kategorie gehört sicherlich das Gros der in den vergangenen Jahren erschienenen Arbeiten in diesem Themenfeld.

Angesichts dieser Lage nimmt es nicht wunder, daß die Gemeinsamkeiten und die Austauschbeziehungen zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen vernachlässigt wurden. Ausnahmen, etwa Parteien- oder Wahlforscher<sup>12</sup>, die sich

---

*Politische Gewalt und Repression*, Berlin: Duncker & Humblot 1990) beruhen. Auch wurde erstmals mit der Wahlstudie 1987 die Anhängerschaft neuer sozialer Bewegungen einbezogen (Franz Urban Pappi, Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1989, B 26, S. 17 ff.).

- 10 Rudolf Heberle beispielsweise rückt in *Hauptprobleme der Politischen Soziologie* (Stuttgart: Enke 1967) die sozialen Bewegungen in den Mittelpunkt. Diese Gewichtung signalisiert noch der englische Originaltitel (*Social Movements. An Introduction to Political Sociology*, 1951). Allerdings werden auch die Parteien ausführlich behandelt, während die Verbände ein randständiger Aspekt bleiben. Stammer und Weingart verfahren umgekehrt. Sie widmen immerhin ein längeres Kapitel ihrer *Politischen Soziologie* (München: Juventa 1972) den Parteien und Verbänden, aber ignorieren die sozialen Bewegungen. Die unter dem Haupttitel *Politische Soziologie* firmierende Aufsatzsammlung von Otwin Massing (Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1974) enthält zwar einen Beitrag "Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses", aber keine Abhandlung zu sozialen Bewegungen. Die sehr knapp gefaßte *Politische Soziologie* von Tom Bottomore (Stuttgart: Kohlhammer 1981) wiederum bietet ein Kapitel zum Thema "soziale Bewegungen, Parteien und politisches Handeln", aber keine Ausführungen zu Verbänden. Das Büchlein *Politische Soziologie* von Wilfried Röhrich (Stuttgart: Kohlhammer 1977) thematisiert Fragen der innerparteilichen Demokratie und der gewerkschaftlichen Strategie, aber enthält keine systematische Abhandlung zu Parteien, Verbänden und Bewegungen. Letzteres gilt auch für die stärker theoriegeschichtlich angelegte *Politische Soziologie* von Rolf Ebbighausen (Opladen: Westdeutscher Verlag 1981).
- 11 So "überläuft" die zwar theoretisch stringent gefaßte, aber empirisch allenfalls durch Illustrationen angereicherte funktionalistische Systemtheorie eines Niklas Luhmann die Thematik der Organisation und Vermittlung politischer Interessen. Komponenten des politischen Systems wie die "parteimäßige Politik" oder das "politische Publikum" werden lediglich auf abstrakt-formale Weise in Beziehung zueinander gebracht und hinsichtlich ihrer speziellen Funktionen und Strukturen nicht näher analysiert. Vgl. Niklas Luhmann, *Soziologie des politischen Systems*, in: ders., *Soziologische Aufklärung*, Opladen: Leske & Budrich 1972, S. 154 ff.; ders., *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München/Wien: Olzog 1981. Ein ganz anderer Diskussionsstrang, der vor allem durch die Studie von Mancur Olson (*The Logic of Collective Action*, Cambridge: Harvard University Press 1965) beeinflusst wurde, erreicht nicht die Konkretionsebene der Analyse spezifischer Formen und Funktionen organisierter Interessenvertretung und bleibt deshalb für die Fragestellung dieses Beitrags peripher.
- 12 So haben sich in den letzten Jahren verschiedentlich thematisch breiter orientierte Politikwissenschaftler wie auch speziell Parteienforscher dem Forschungsbereich (neuer) sozialer Bewegungen zugewandt (Heidrun Abromeit, Parteiverdrossenheit und Alternativbewegung, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 23. Jg. [1982], H. 2, S. 178 ff.; Jürgen Fijalkowski, Alternativbewegungen und Politik: Negation oder

(neuen) sozialen Bewegungen zuwandten, oder Verbändeforscher<sup>13</sup> und Bewegungsforscher<sup>14</sup>, die angrenzende Fragen aufnahmen, bestätigten die Regel. Somit

---

Innovation?, in: Hans-Hermann Hartwich [Hrsg.], *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983, S. 27 ff.; Klaus von Beyme, Neue soziale Bewegungen und politische Parteien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1986, B 4, S. 30 ff.; Manfred G. Schmidt, Demokratie, Wohlfahrtsstaat und neue soziale Bewegungen, in: ebd., 1986, B 11, S. 3 ff.; Michael Th. Greven, Zur Kritik der Bewegungswissenschaft, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1. Jg. [1988], H. 4, S. 51 ff.; Max Kaase, Social Movements and Political Innovation, in: Russell J. Dalton/Manfred Küchler [Hrsg.], *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies*, Cambridge: Polity Press 1990, S. 84 ff.). Von einigen unter ihnen wurde ausdrücklich das Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen thematisiert (Hanspeter Kriesi, Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1986; Bern: Haupt, S. 333 ff.; Richard Stöss, Parteien und soziale Bewegungen. Begriffliche Abgrenzung - Volksparteien - neue soziale Bewegungen - DIE GRÜNEN, in: Roth/Rucht, *Bewegungen* [Anm. 9], S. 277 ff.; Elmar Wiesendahl, Neue soziale Bewegungen und moderne Demokratietheorie, in: ebd., S. 364 ff.; ders., Etablierte Parteien im Abseits?, in: Ulrike C. Wasmuth [Hrsg.], *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1989, S. 82 ff.). Auch im Rahmen der Umfrageforschung wurden verschiedentlich Parteien bzw. Parteiensysteme und soziale Bewegungen aufeinander bezogen (Ferdinand Müller-Rommel, Social Movements and the Greens: New Internal Politics in Germany, in: *European Journal of Political Research*, 13. Jg. [1985], H. 1, S. 53 ff.; Pappi, Anhänger [Anm. 9]; Hofrichter/Schmitt, Eher mit- als gegeneinander [Anm. 9]) oder Einstellungen zu Bewegungen bzw. Bewegungsaktivitäten untersucht (Dieter Fuchs, Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen, in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven [Hrsg.], *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 621 ff.; ders., *The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Partizipation and New Social Movements*, Discussion Paper FS III 90-204, Wissenschaftszentrum Berlin 1990; Kaase/Neidhardt, *Politische Gewalt* [Anm. 9]). Schließlich gibt es einige wenige Wissenschaftler wie Joachim Raschke (Jenseits der Volkspartei, in: *Das Argument*, 25. Jg. [1983], H. 1., S. 54 ff.; ders., *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1985; ders., Bewegung [Anm. 2]) und Herbert Kitschelt (New Social Movements in West Germany and the United States, in: *Political Power and Social Theory*, 5. Jg. [1985], S. 273 ff.; ders., New Social Movements and the Decline of Party Organization, in: Dalton/Küchler, *Political Order* [Anm. 12], S. 179 ff.; ders., *New Social Movements and Established Political Parties*, Paper, 86th Annual Meeting of the American Political Science Association, 30.8.-2.9.1990, San Francisco), die sich gleichermaßen in der Parteien- und der Bewegungsforschung etabliert haben.

- 13 Auch von hier ausgehend gibt es Bemühungen, die Querbeziehungen zu Parteien und sozialen Bewegungen nicht außer acht zu lassen (z.B. Theo Schiller, Interaktionsmuster zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen, in: Falter/Fenner/Greven [Hrsg.], *Willensbildung* [Anm. 12], S. 496 ff.; Theo Pirker, Stabilität und Funktion des Parteien- und Verbandesystems und der sozialen Bewegungen, in: *Soziale Bewegungen und politisches System*, vvf. Ms., Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung 1982, S. 2 ff.). Und auch hier lassen sich Wissenschaftler nennen, die sich gleichermaßen mit Parteien und Interessengruppen befassen oder gar ihr Wechselverhältnis zum Thema machen (Klaus von Beyme, Das Gespräch mit der Lobby. Parteien und Verbände, in: Christian Graf von Krockow/

ist eine stärker integrative Sichtweise geboten, die den realen Funktions- und Strukturzusammenhängen Rechnung trägt.

Wenn der Eindruck nicht trügt, daß das Spezialistentum zu Lasten von Querschnittsfragen und allgemeineren Aspekten politischer Interessenvermittlung überwiegt, so bedürfte es zunächst vor allem theoretisch-konzeptioneller Anstrengungen, die einen analytischen Rahmen für Grundformen politischer Interessenvermittlung bieten, welcher dann wiederum die Forschungen zu Teilfeldern und Teilfragen befruchten könnte. In diese Richtung zielen die folgenden Überlegungen.

## 2. Was heißt intermediäres System politischer Interessenvermittlung?

- a. Ganz allgemein bezeichnet ein intermediäres Element oder System ein "Bindeglied". Damit wird auf zwei weitere externe Elemente verwiesen, die durch das intermediäre Element verknüpft, also in einen Funktionszusammenhang gebracht werden. Intermediäre Systeme verbinden (mindestens) zwei externe Systeme, zwischen denen Kommunikationsschranken existieren oder die sogar in einem spannungsreichen bzw. widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen. Technisch gesprochen: Diese externen Systeme sind nicht oder kaum kompatibel, weil sie verschiedenen Logiken und Prinzipien gehorchen, die

---

Peter Lösche [Hrsg.], *Parteien in der Krise. Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens*, München: Beck 1986, S. 94 ff.).

- 14 Vgl. beispielsweise Karl-Werner Brand/Harro Honolka, *Ökologische Betroffenheit, Lebenswelt und Wahlentscheidung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1987; Kriesi, Perspektiven (Anm. 12); Dieter Rucht, Zum Verhältnis von politischen Parteien und sozialen Bewegungen, in: *Journal für Sozialforschung*, 27. Jg. (1987), H. 3/4, S. 297 ff.; ders., Environmental Movement Organizations in West Germany and France: Structure and Interorganizational Relations, in: Bert Klandermans (Hrsg.), *Organizing for Change: Social Movement Organizations Across Cultures*, Greenwich: JAI Press 1989, S. 61 ff. Ein weiterer Impuls für einen Blick über den Tellerrand der Bewegungsforschung ergibt sich aus den neueren Arbeiten zur "political opportunity structure" (Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht, The State of the Art and Some Perspectives for Further Research, in: Dieter Rucht [Hrsg.], *Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA*, Frankfurt a.M./Boulder: Campus und Westview 1991, S. 443 ff.), die Faktoren wie Zugänge zum politischen System, politische cleavages im Parteienspektrum und Wahlverhalten oder mögliche Bündnispartner von sozialen Bewegungen einbeziehen (Hanspeter Kriesi, The Political Opportunity Structure of the Dutch Peace Movement, in: *West European Politics*, 12. Jg. [1889], H. 3, S. 295 ff.; ders., *The Political Opportunity Structure of New Social Movements: Its Impact on Their Mobilization*, Discussion Paper FS III 91-103, Wissenschaftszentrum Berlin 1991; Donatella della Porta/Dieter Rucht, *Left-Libertarian Movements in Context: A Comparison of Italy and West-Germany 1965-1990*, Discussion Paper FS III 91-102, Wissenschaftszentrum Berlin 1991).



keine unmittelbare Verknüpfung erlauben. Um eine interaktive Beziehung einzugehen, bedürfen solche Systeme eines Übersetzungsmechanismus. Dieser wird vom intermediären System bereitgestellt.

Ähnlich wie ein Dolmetscher muß also ein intermediäres System die jeweiligen "Sprachen" der zu vermittelnden Systeme beherrschen. Das Bild des Dolmetschers hinkt allerdings in mehrfacher Hinsicht. Zum ersten bedient sich ein intermediäres System nicht nur jeweils der einen oder der anderen "Sprache", sondern entwickelt eine eigene Kommunikationsweise, die nach beiden Seiten hin durch Spezialisierungen anschlußfähig ist. Dies sichert es durch die interne Transformation von Informationen bzw. Leistungen externer Systeme. Zum zweiten liegen die Interessen der externen Systeme nicht einfach fest, sondern gewinnen oft erst in ihrem wechselseitigen Bezug aufeinander - vermittelt durch das intermediäre System - konkrete Gestalt. Schließlich entwickelt ein intermediäres System als in sich differenziertes, multifunktionales Sozialsystem ein Eigenleben und Eigeninteressen; es bildet somit einen sozialen Faktor *sui generis* und weist auch in dieser Hinsicht über einen reinen Transport- und Transformationsmechanismus hinaus.

- b. Der Begriff Interesse hat einen vielschichtigen Bedeutungsgehalt, dem hier nicht weiter nachgegangen werden kann<sup>15</sup>. Interesse soll für unseren Zusammenhang verstanden werden als eine handlungsrelevante Disposition einer Gruppe bzw. Organisation zur Wahrung oder Erlangung eines für erstrebenswert erachteten Gutes oder Zustands<sup>16</sup>. Dabei wird bewußt offengelassen, ob das Interesse ein Bedürfnis voraussetzt oder dieses hervorbringt<sup>17</sup>, ob es manifest oder latent, partikular oder allgemein, egoistisch oder altruistisch ist.
- c. Das spezifische Merkmal intermediärer Systeme<sup>18</sup> politischer Interessenvermittlung besteht darin, das politisch-administrative System, verstanden als

15 Vgl. Ulrich von Alemann (unter Mitarbeit von Reiner Fonteyn und Hans-Jürgen Lange), *Organisierte Interessen in der Bundesrepublik*, Opladen: Leske & Budrich 1987, S. 26 ff.

16 Damit erweitere ich die nachstehende Definition von Carola Schulz in doppelter Hinsicht: "Interessen (sind) handlungsrelevant gewordene Verfestigungen von Bedürfnissen, die ihrerseits aus dem subjektiven Empfinden von Mangellagen erwachsen." (Zit. nach v. Alemann, *Organisierte Interessen* [Anm. 15], S. 29.) Zum einen geht der Impuls zur Artikulation politischer Interessenlagen nicht notwendig von Mangellagen aus, wie das Interesse an der Sicherung von Privilegien zeigt. Zum anderen handelt es sich im Falle politischer Interessenvermittlung in der Regel um Gruppeninteressen, die einem kollektiven Organisations- und Deutungsprozeß entspringen.

17 So Jürgen Habermas, *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1968, S. 245, im Anschluß an Kant.

18 Der Systembegriff wird hier in einem nur losen Sinne zur Bezeichnung eines strukturierten Zusammenhangs verschiedener Teilelemente gebraucht. Parteien, Verbände und Bewegungen können unter anderem Blickwinkel auch handlungstheoretisch betrachtet werden. Sie haben ein kollektives Gedächtnis, betreiben Selbstreflexion, postulieren Ziele und entwickeln Strategien.

Produktionsort gesamtgesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen, mit den in ihre Sozialmilieus und Kleingruppen eingebetteten Individuen zu vermitteln<sup>19</sup>.

Negativ lassen sich intermediäre Systeme politischer Interessenvermittlung nach zwei Seiten abgrenzen: einerseits von der Privatsphäre der Bürger, auch sofern diese in privatem Rahmen über politische Angelegenheiten rätsonnieren und kommunizieren; andererseits vom politisch-administrativen System im engeren Sinn, das kraft formeller Kompetenzen und Regeln damit betraut ist, gesamtgesellschaftlich verbindliche politische Entscheidungen zu treffen und für deren Durchsetzung zu sorgen<sup>20</sup>. Positiv sind intermediäre Systeme zunächst dadurch gekennzeichnet, daß sie Interessen organisatorische Gestalt geben, (öffentlich) artikulieren und in den privaten oder politisch-administrativen Bereich vermitteln.

Anders als in der liberalen Demokratietheorie ist ein solcher Vermittlungsprozeß prinzipiell in zwei Richtungen zu denken. Zum einen werden aggregierte Interessen der Bürgerschaft in das politisch-administrative System weitergeleitet. Zum anderen erfolgt, ausgehend von einem "Interesse des Staates an sich selbst"<sup>21</sup>, eine gezielte Interessenverfolgung aus dem politisch-administrativen System heraus in Richtung Bürgerschaft<sup>22</sup>. Welche Kommunikationsrichtung als jeweils dominant anzusehen ist (und wo wiederum "bloß" Rückkoppelungen anzusiedeln wären), ist eine empirische Frage, die nicht durch Modellvorlieben oder normative Demokratievorstel-

- 
- 19 Kay Lawson (When Linkage Fails, in: ders./Peter H. Merkl [Hrsg.], *When Parties Fail. Emerging Alternative Organizations*, Princeton: Princeton University Press 1988, S. 33) unterscheidet drei Arten von Verbindungen in der politischen Vermittlungskette: die Beziehung zwischen dem Individuum und einer politischen Organisation der Interessenvermittlung, die zwischen der politischen Organisation und dem Staat und die zwischen Individuum und Staat.
  - 20 Faktisch bestehen natürlich keine scharfen Trennlinien zwischen diesen Sphären. So gibt es Übergangszonen zwischen Privatsphären und mikrosozialen "Halböffentlichkeiten" einerseits und zwischen dem öffentlichen Raum und einem sich entgrenzenden Staat andererseits; vgl. Wolfgang Streeck, Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 39. Jg. (1987), H. 3, S. 488 ff.
  - 21 Claus Offe, *Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1975, S. 13.
  - 22 In ähnlicher Weise spricht Offe (The Attribution of Public Status to Interest Groups: Observations on the German Case, in: Berger, *Organizing Interests* [Anm. 8], S. 125 ff.) von zwei Typen politischer Rationalität. Im ersten Fall werden gesellschaftliche inputs als gegeben behandelt und die Leistungen des politisch-administrativen Systems zu optimieren versucht. Im zweiten Fall versucht das politisch-administrative System die input-Seite durch aktive Eingriffe in das System der Interessenrepräsentation und die Modi der Konfliktlösung zu beeinflussen. Auch Habermas (Volkssouveränität als Verfahren, in: *Merkur*, 43. Jg. [1989], Nr. 6, S. 479) betont, daß sich "die politische Willensbildung in ein politisches System (verlagere), das sich immer mehr selbst programmiert".

lungen vorentschieden werden sollte. "Support" und "demand" sind also nicht auf die Bürger und Bürgerinnen beschränkt; sie können auch vom politisch-administrativen System, ja selbst von intermediären Systemen ausgehen, die dann allerdings ihre definitorisch festgelegte Primärfunktion der "Vermittlung" überschreiten. Diese Sichtweise markiert eine nicht unwesentliche Differenz zu den politischen Funktionsmodellen von David Easton und anderen<sup>23</sup>.

- d. Der bisher nur lose verwendete Begriff der politischen Interessenvermittlung kann zu analytischen Zwecken aufgefächert werden. Alltagssprachlich steht "Vermittlung" für Weitergabe, Transport oder Verbindung. Dieser Bedeutungsgehalt muß für unseren Zusammenhang nicht aufgehoben, aber doch entscheidend erweitert werden. Vermittlung soll als Oberbegriff für fünf analytisch unterscheidbare Funktionen fungieren: die Generierung, Aggregation, Transformation und Artikulation von Interessen<sup>24</sup>. Generierung soll heißen, daß Interessendispositionen, die an bestimmte soziale Lagen bzw. Deprivationen geknüpft sind, von externer Seite stimuliert, "geweckt" oder zumindest bewußt gemacht werden. Aggregation meint die organisatorische Bündelung von zunächst vereinzelt Interessen. Dies setzt Selektionsprozesse im Hinblick auf aggregationsfähige, d.h. nicht völlig inhomogene Interessen voraus. Mit Transformation wird der Aspekt der Reformulierung und Umdeutung von Interessen (bis hin zu deren Verfälschung) bezeichnet. In solche Transformationsprozesse werden strategische Kalküle und Eigeninteressen derer einfließen, die Interessen generieren und aggregieren. Artikulation bedeutet die explizite Darstellung von Interessen gegenüber der eigenen Klientel und vor allem externen Adressaten. Damit verbindet sich zum einen eine Repräsentativfunktion für eine nicht artikulationswillige bzw. -fähige größere Gruppierung, zum anderen die Aufgabe der Weiterleitung von Interessen von Gruppierungen, die nicht unmittelbar am Ort bzw. beim Adressaten der Interessenvertretung präsent sind.

---

23 Diese gegenläufige Richtung der Interessenwahrnehmung sollte nicht vermisch werden mit dem Aspekt der "Responsivität" des politischen Entscheidungssystems hinsichtlich der tatsächlich vorhandenen Bedürfnisse der Bürgerschaft (in Differenz zu den organisatorisch repräsentierten Interessen) oder der Frage einer responsiven Implementation von Politiken.

24 Schmitter betont die Notwendigkeit, eine Entscheidung einzuführen "between voluntaristic societally induced and compulsory state-produced configurations into the typology of modes of intermediation". Vgl. Philippe C. Schmitter, *Modes of interest mediation and models of societal change in Western Europe*, in: *Comparative Political Studies*, 10. Jg. (1977), H. 1, S. 7 ff.

### 3. Eine Modellvorstellung des öffentlichen politischen Raums

Die noch näher zu charakterisierenden intermediären Systeme Parteien, Verbände und Bewegungen sind eingebettet in einen öffentlichen politischen Raum<sup>25</sup>, der sich jedoch nicht auf diese drei Elemente reduzieren läßt. Mindestens eine weitere, wesentliche Komponente sind die Massenmedien, welche gleichfalls als intermediäre Systeme anzusehen sind, sich jedoch nur sehr begrenzt mit Parteien, Verbänden und Bewegungen parallel setzen lassen (vgl. Schema 1, S. 262). Massenmedien fungieren primär als eine Art Filter und Resonanzboden für externe Themen, Forderungen, Meinungen und Informationen, nicht jedoch - wie Parteien, Verbände und Bewegungen - als Organe, die darauf spezialisiert sind, bestimmte Interessen zu organisieren und durchzusetzen<sup>26</sup>. Massenmedien repräsentieren keine Mitgliederinteressen; ihr Adressatenkreis ist in sozial-struktureller und politischer Hinsicht nicht scharf abgrenzbar; sie haben bestenfalls eine ideologische Linie, aber kein gesellschaftspolitisches Programm. Nicht zufällig liegt das Ethos der Massenmedien gerade darin, möglichst viele und konkurrierende Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Dies wird begünstigt durch den - genau gesehen, kaum realisierten - Anspruch, zwischen Nachrichten und Meinungen zu trennen. Erst in außeralltägliche Fällen werden Massenmedien aufgrund ihrer jeweiligen ideologischen Linie, in advokatorischer Absicht oder zum Schutz ihrer eigenen Produktionsbedingungen (v.a. Pressefreiheit) manifeste Organe politischer Interessenvertretung.

Der öffentliche Raum - ein Begriff, der nicht deckungsgleich mit dem der "Öffentlichkeit" ist - kann in Anlehnung an Gerhards/Neidhardt<sup>27</sup> als ein strukturierter Komplex verschiedener Ebenen angesehen werden. Die Autoren unterscheiden Encounters (einfache Interaktionssysteme), öffentliche Veranstaltungen

25 Von dieser vorerst nur durch die Metapher des Raumes umschriebenen öffentlichen Sphäre, die eine Art Terrain oder Arena darstellt, wäre "Öffentlichkeit" als eine kommentierende und legitimierende, aber zugleich vielstimmige und in sich differenzierte Appellations-, Artikulations- und Interventionsinstanz zu unterscheiden. Öffentlichkeit reicht von der Kneipe bis zu den Fernsehanstalten. Heberle, *Hauptprobleme* (Anm. 10), S. 300, zählt soziale Bewegungen und freiwillige politische Vereinigungen zu den Schöpfern und Trägern der öffentlichen Meinung. Nur ein Teil dieser wohl nur im Plural anzusprechenden Öffentlichkeiten manifestiert sich als "veröffentlichte Meinung". Hiervon zu trennen sind die durch Meinungsumfragen erfaßbaren Einstellungen der Bürgerschaft zu bestimmten Themen und Objekten, die mißverständlich - weil zumeist nicht aktiv und öffentlich geäußert - als öffentliche Meinung bezeichnet werden (ebd., S. 302). Hierbei handelt es sich, genau gesehen, um aggregierte Privatmeinungen.

26 Dies war nicht immer so. Noch in der Weimarer Republik waren parteinahe oder parteieigene Zeitungen von großer Bedeutung. Auch bestehen heute in einigen westlichen Ländern Fernsehanstalten mit einem mehr oder weniger großen Staatseinfluß.

27 Vgl. Jürgen Gerhards/Friedhelm Neidhardt, *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*, Discussion Paper FS III 90-101, Wissenschaftszentrum Berlin 1990.

und Massenmedien. Gemeinsam ist diesen Öffentlichkeitsebenen neben der prinzipiellen Offenheit für diverse Themen vor allem die Offenheit für verschiedenste Sprecher und Akteure<sup>28</sup>. Dies wird deutlich im Kontrast zu den angrenzenden Systemen. Die Privatsphäre einerseits ist durch Zugangsvoraussetzungen wie Verwandtschaft, Bekanntschaft oder Freundschaft abgeschirmt. So diffus ihre Grenzen erscheinen mögen, so wenig kann man sie mißachten, ohne soziale Sanktionen in Kauf nehmen zu müssen. An der Schwelle von Teilen des politisch-administrativen Systems andererseits stehen formalisierte Verfahren (Wahlen, Ernennungen, Vereidigungen, Delegation als Sprecher oder Repräsentant etc.). Weder der Familienrat noch der Ministerrat tagen öffentlich. Der Informationsfluß aus beiden Sphären in die Öffentlichkeit unterliegt Restriktionen. Davon zeugt das Phänomen der Indiskretion.

Dagegen ist der Zu- und Abtritt der Akteure ebenso wie der Zu- und Abfluß von Informationen im öffentlichen Raum relativ ungeregelt, wenngleich sich mit dem zunehmenden Institutionalisierungsgrad von Öffentlichkeitsebenen auch die formellen und informellen Zugangshürden erhöhen. Im Prinzip jedoch gilt, daß sich im öffentlichen Raum Individuen, Gruppen und Organisationen formieren, präsentieren und artikulieren können, ohne den jeweils für die anderen Sphären genannten Voraussetzungen genügen zu müssen<sup>29</sup>. Das hat zur Folge, daß im öffentlichen Raum eine Vielzahl von Akteuren und Artikulationsformen entstehen kann. Das bedeutet aber auch ein hohes Maß an Konkurrenz um knappe Aufmerksamkeit und Unterstützung, was wiederum bestimmte Spezialisierungen entlang von Öffentlichkeitsebenen, Politikfeldern, Themen und Artikulationsformen begünstigt. Diese Situation fördert die interne Homogenisierung einzelner intermediärer Systeme (bis hin zur Inkompatibilität von Mitgliedschaften etwa im Falle von politischen Parteien) bei zugleich hoher Außenorientierung gegenüber dem Publikum und möglichen Bündnispartnern.

Es bleibt festzuhalten, daß sich diese Vorstellung des öffentlichen Raumes und der darin eingelagerten intermediären Systeme - nämlich die Systeme kollektiver Interessenvertretung einerseits, die einen Informations- und Meinungsmarkt verkörpernden Massenmedien andererseits - von bürgerlich-liberalen wie von konservativen Gesellschaftskonzepten unterscheidet. Sie stellt eine gegenläufige Interessenwahrnehmung aus dem politisch-administrativen Raum in Rechnung; sie verortet intermediäre Systeme nicht wie ältere Demokratietheorien in einem

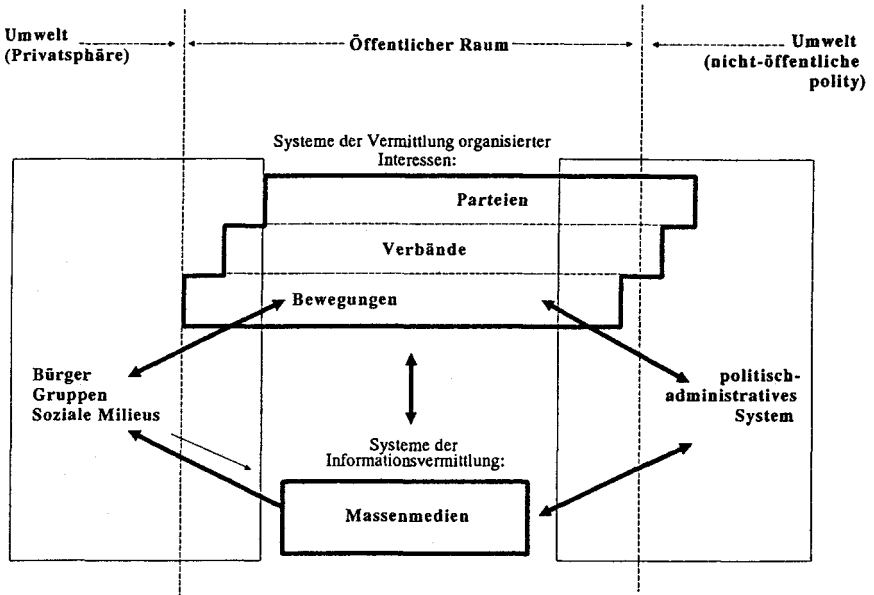
---

28 In ihrem Grad an Offenheit unterscheiden sich allerdings verschiedene Ebenen von Öffentlichkeit. So können sich auf der informellen Ebene von Encounter-Öffentlichkeiten praktisch beliebige Akteure als Sprecher und Zuhörer einschalten; bei öffentlichen Veranstaltungen ist häufig die Sprecherrolle bereits reglementiert, während für die Massenmedien voraussetzungsvolle Zulassungshürden gelten - etwa Prominenz, Sprecherfunktion für große Gruppen oder politisches Amt.

29 Jedermann kann ein Flugblatt verfassen und verteilen, aber nicht jedem stehen die Spalten einer großen Tageszeitung offen. Und schon gar nicht kann man ungefragt einen Rundfunksender betreiben.

"vopolitischen" Raum; sie basiert nicht auf einer Trennung von Staat und Gesellschaft, impliziert aber eine Trennung des öffentlichen Raums von der Privatsphäre einerseits<sup>30</sup> und dem nicht öffentlichen Teil des politisch-administrativen Systems<sup>31</sup> andererseits, ohne empirische Übergangszonen leugnen zu wollen.

Schema 1: Systeme der Interessen- und Informationsvermittlung



30 Offe behauptet allerdings die Ausdehnung eines dritten, intermediären Bereichs nicht institutioneller Politik jenseits der Sphäre des Privaten und des Öffentlichen. Ich vermag jedoch nicht zu sehen, warum die von ihm in den Blick genommenen Politikformen aus dem Bereich der Öffentlichkeit herausfallen. Vgl. Claus Offe, *New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics*, in: *Social Research*, 52. Jg. (1985), H. 4, S. 826.

31 Diese Abgrenzung mag mit Blick auf die bürokratischen Elemente des politisch-administrativen Systems plausibel erscheinen. Sie wirkt *prima facie* sicherlich deplaziert, hält man sich die stark auf Öffentlichkeitswirkung bedachten Aktivitäten von Regierungen und Parlamenten vor Augen. Analytisch gesehen liegen jedoch auch diese Organe zumindest teilweise außerhalb des öffentlichen Raums, weil sie den Bedingungen hoher Inklusivität, insbesondere freier Zugänglichkeit für (nahezu) alle Themen und Sprecher, strukturell nicht genügen und oft sogar das Publikum ausschließen.

#### 4. Parteien, Verbände und soziale Bewegungen als spezielle Formen politischer Interessenvermittlung

Vergegenwärtigt man sich die gesamte Vielfalt empirischer Erscheinungsformen von Parteien, Verbänden und Bewegungen, so fallen klare Grenzziehungen schwer. Unschärfen bestehen zum einen in struktureller Hinsicht. Auf den ersten Blick sind Begriffe wie Organisation oder Institution kaum geeignet, soziale Bewegungen eindeutig von Interessenverbänden und Parteien abzuheben<sup>32</sup>. Soziale Bewegungen können Parteien und Verbände einschließen; Zwitterformen wie die "Bewegungspartei" sind möglich; Parteien können - wie in den USA - als relativ lose Wahlkampforganisationen bestehen; sie können auch in ihrem Um- und Vorfeld Verbände konstituieren.

Noch schwieriger dürfte es sein, Parteien, Verbände und Bewegungen aufgrund ihrer ideologisch-programmatischen Inhalte unterscheiden zu wollen. Auch die Bandbreite der Zielsetzungen ist nur ein unzureichendes Unterscheidungsmerkmal. Im Einzelfall können Parteien, aber auch Bewegungen, eine single-issue-Orientierung aufweisen oder aber ein sehr breites Spektrum von Zielen verfolgen. Selbst Verbände im weitesten Sinne, die gewöhnlich eine deutliche Themen- und Klientelspezialisierung aufweisen, können - wie z.B. die Kirchen - eine Vielzahl von gesellschaftlichen und politischen Anliegen aufgreifen.

- a. Ein Kriterium, nach dem zwischen Bewegungen und Parteien/Verbänden, jedoch kaum zwischen Parteien und Verbänden unterschieden werden kann, ist ihre *organisatorische Verfassung* und der sich daraus ergebende Grad der Rollenspezifikation. Zugespitzt könnte man sagen, Bewegungen haben Organisationen<sup>33</sup>, Parteien und Verbände sind Organisationen.

Im Unterschied zu Parteien und Verbänden fehlen Bewegungen explizite Satzungen zur Regelung von Mitgliedschaft, Finanzierung, Bestellung der Führung, Rechenschaftslegung usw. Daraus ergeben sich erhebliche Konsequenzen für Innen-Außen-Differenzierungen, interne Struktur und Bindung der Anhängerschaft, Programmatik und Kontinuität, die zusammengekommen

---

32 Vgl. hierzu Karl-Werner Brand, "Institutionalisierung" und "Bewegung" - ein falscher Gegensatz, in: Hartwich, *Probleme* (Anm. 12), S. 188 ff.; Roland Roth, Neue soziale Bewegungen als politische Institution - Anregungen für einen theoretischen Perspektivenwechsel, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Sonderheft 1989, S. 33 ff.; Heinrich W. Ahlmeier, Was ist eine soziale Bewegung?, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 18. Jg. (1989), H. 3, S. 175 ff.

33 "Es gibt zwar in jeder wichtigeren, entfalteten sozialen Bewegung organisierte Gruppen, aber Bewegung als Ganzes ist typischerweise nicht organisiert." (Heberle, *Hauptprobleme* [Anm. 10], S. 10.) Ähnlich formuliert auch Craig J. Jenkins, *Sociopolitical Movements*, in: Samuel L. Long (Hrsg.), *Handbook of Political Behavior*, Bd. 4, London: Plenum Press 1981, S. 83: "In the modern era...social movements have almost uniformly entailed a formally structured movement organization that is semidistinct from the rest of the social movement...But the movement organization should not be viewed as coterminous with the social movement as a whole."

ein hohes Maß an Flexibilität, aber auch an Instabilität von Bewegungen bewirken. Kompetenzen und Rollen bilden sich naturwüchsig heraus oder werden ohne feste Verfahrensgrundlage ausgehandelt. Typischerweise haben Bewegungen Probleme mit der für das Mediensystem so zentralen Figur des "Sprechers" oder des "Vorsitzenden". Bewegungen haben zudem keine eindeutigen Kriterien der *Mitgliedschaft* und damit - sozial, organisatorisch und geographisch - höchst unscharfe Ränder. Es gibt keine durch Unterschriften, Beitragszahlungen oder Ausweise dokumentierten Zugehörigkeiten zu Bewegungen. Dies erleichtert den Zugang wie den Abgang. Darin liegt - in Verbindung mit dem Wechselspiel von kollektiver Emphase und Ernüchterung - ein entscheidender Grund für das Auf und Ab von Bewegungen.

Ihrer *internen Struktur* nach sind Bewegungen als "mobilisierte Netzwerke von Netzwerken"<sup>34</sup> anzusehen. Solche Figurationen begünstigen die interne Formenvielfalt, schaffen aber auch spezifische Probleme der ideologischen Vereinheitlichung, der Entscheidungsfindung und Verantwortlichkeit. Anders als bei Parteien und Verbänden sind Hierarchie und Führung eher informell begründet. Durch deren weitgehende Latenz sind sie zwar geringerem direktem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt, müssen sich aber auf subtilere Weise fortlaufend - und auf prekärer Basis - stabilisieren<sup>35</sup>. Gefolgschaft und Unterstützung kann nicht aufgrund von Organisationszugehörigkeit eingeklagt oder durch Mitgliederprämien "erkauft" werden; sie muß vielmehr jeweils aufs neue durch Appelle und Überzeugungsversuche erworben werden. Das erklärt den hohen Diskussionsbedarf sowie die Neigung zu Emphase, Dramatisierungen und Moralisierungen auch in den Binnenbeziehungen sozialer Bewegungen. Demgegenüber kann in Parteien und Verbänden oft auf Beschlußlagen, "Sachzwänge" und Geschlossenheitsgebote verwiesen werden, um abweichende Mitglieder auf eine "Linie" zu verpflichten<sup>36</sup>. Widerspruch kann mit Sanktionen bis hin zum Ausschluß geahndet werden, während Bewegungen interne Konflikte bis zur Selbstzerfleischung treiben mögen.

- b. In gewisser Entsprechung zur internen Struktur steht der Stellenwert von *Ideologien und Programmen*. Parteien, die sich beim Wähler um eine Ermächtigung für künftige Handlungen und somit um Vertretungsfunktionen

---

34 Friedhelm Neidhardt, Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: Stefan Hradil (Hrsg.), *Sozialstruktur im Umbruch*, Opladen: Leske & Budrich 1985, S. S. 197.

35 Erhellend ist die fortwährende, kontrafaktische Ausklammerung von Hierarchie und Macht, die eine Fallstudie zur alltäglichen Arbeitsorganisation in einem Alternativbetrieb enthüllt. Vgl. Wolfgang Sofsky/Rainer Paris, *Figurationen sozialer Macht. Autorität, Stellvertretung, Koalition*, Opladen: Leske & Budrich 1991, S. 54 ff.

36 Derartige Strategien scheinen allerdings zunehmend auf Grenzen zu stoßen, so daß subtilere Mittel der Mitgliederbindung gefragt sind. Streeck, Vielfalt (Anm. 20, S. 477) vermutet, daß der Aufwand gesellschaftlicher Großorganisationen für "internes Marketing" in den letzten Jahren rapide gestiegen ist.



bemühen, müssen voneinander unterscheidbar und mit Blick auf künftige Handlungen grob kalkulierbar sein. Hierzu gehört neben der Benennung von Führungsfiguren ein programmatisches Profil, das Problemprioritäten, Mittel und Zeithorizonte fixiert. In programmatischer Hinsicht zeigt sich eine Tendenz der Parteien, ihre Zuständigkeit auf alle Politikfragen auszudehnen<sup>37</sup>. Der Stellenwert von Programmen in Verbänden hängt weitgehend davon ab, inwieweit sie eine homogene, durch eindeutige Interessennlagen charakterisierte Mitgliederschaft vertreten und ob unmittelbar konkurrierende Verbände existieren. Je homogener und stabiler die Mitgliederschaft und je monopolistischer die Stellung eines Verbandes, desto mehr scheinen sich die Aufmerksamkeiten von programmatischen Fragen auf solche der Mittelwahl zu verschieben. Bewegungen wiederum weisen analog zu ihrer strukturellen Diffusität auch eine programmatische Diffusität auf<sup>38</sup>. Stimulierend und identitätsstützend ist vielfach bereits die Benennung von Gegnern und Problemlagen, während kein Zwang zur Ausformulierung detaillierter Programme besteht. Die Unschärfe positiv formulierter Bewegungsziele läßt vieles zu und grenzt wenig aus; sie schafft den Anschein der Übereinstimmung von Bewegungszweck und subjektiven Motiven auch dann, wenn höchst unterschiedliche oder gar widersprüchliche Motive in der Anhängerschaft vorliegen.

- c. Aus dem Gesagten ergibt sich ein unterschiedliches Maß an *Kontinuität*. Wenn es richtig ist, daß Mitglieder verlässlicher sind als Wähler, Anhänger und Sympathisanten, dann tendieren Verbände mehr noch als Parteien zu hoher personeller und organisatorischer Stabilität. Anders als Parteien unterliegen sie nicht regelmäßigen Bilanzierungen durch "externe" Gruppen, etwa die Wählerschaft. Weniger als Parteien sind sie auch von Parametern der Koalitionsbildung und des politischen "Klimas" abhängig. Schließlich gelten für sie nicht die im Vergleich zum Vereinsgesetz weitaus strengeren Voraussetzungen des Parteiengesetzes.

Im Vergleich zu Parteien und Verbänden haben Bewegungen eine geradezu amöbenhafte Existenz. Abhängig von kontingenten externen und internen Faktoren dehnen sie sich aus oder ziehen sich zusammen, verändern Aktivitäts- und Radikalitätsniveaus, durchlaufen Phasen der Sichtbarkeit und Latenz<sup>39</sup>. Es wäre jedoch falsch, aus der Diskontinuität von Bewegungen Rück-

---

37 Vgl. Raschke, Bewegung (Anm. 2), S. 10.

38 Vgl. Stöss, Parteien (Anm. 12), S. 280. Single issue-Bewegungen (z.B. für das Verbot von Alkohol, gegen den Bau eines Flughafens) werden hier nicht als soziale Bewegungen verstanden. Ihnen geht es nicht um zentrale Elemente der sozialen Ordnung sondern um kontingente politische Entscheidungen. Erst durch eine Ausweitung ihres Anliegens können solche thematisch eng begrenzte politische Bewegungen bzw. Kampagnen den Status einer sozialen Bewegung erlangen.

39 Vgl. Alberto Melucci, An End to Social Movements? Introductory Paper to the Sessions on "New Social Movements and Change in Organizational Forms", in: *Social Science Information*, 24. Jg. (1984), H. 4/5, S. 829.

schlüsse auf ihre Lebensdauer zu ziehen. Die Beispiele der Arbeiter- und Frauenbewegung lehren, daß Bewegungen Jahrhunderte überdauern können.

- d. Relativ trennscharfe Unterscheidungen zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen liefert das Kriterium "Operationsmodus/Ressourcenbasis", das somit als Definitionsmerkmal in den Mittelpunkt gerückt wird. Mit Operationsmodus soll hier der funktionale Imperativ bezeichnet werden, der das faktische Organisationshandeln in letzter Instanz bestimmt und ihm Sinn und Richtung verleiht. Hierzu bedarf es spezifischer Ressourcen, deren Art und Umfang den Ansatzpunkt und die Reichweite der Interessenvertretung bestimmen.

Zentraler Operationsmodus fast aller *Parteien* ist die (weitgehend) formalisierte *Besetzung politischer Ämter*<sup>40</sup> auf der Grundlage von *Wählerstimmen*, die es zu maximieren gilt. Dies geschieht in demokratisch-pluralistischen Systemen in direkter Konkurrenz zu anderen Parteien unter den Bedingungen eines Nullsummenspiels<sup>41</sup>. Der Imperativ der Stimmenmaximierung als Quelle des Machterwerbs ist die entscheidende Determinante für nahezu alle weiteren Fragen der Organisation, Führungsauslese, Programmatik und Strategie. Das schließt nicht aus, daß auf nachgeordneter Ebene auch Orientierungsgrößen wie die Stimmungen und Forderungen der Mitglieder ins Spiel kommen mögen. Langfristig jedenfalls sind Wählerstimmen die bedeutendste Ressource für politischen Einfluß, ja für die Existenz einer Partei. Eine Besonderheit dieser Primärressource besteht darin, daß sie einer turnusmäßigen (Wahlen) oder jederzeit abrufbaren (Meinungsumfragen) Quantifizierung zugänglich ist. Ein generelles Spezifikum von Parteien ist, daß Doppelmitgliedschaften in verschiedenen Parteien ausgeschlossen sind.

Zentraler Operationsmodus von *Verbänden* ist die *Bündelung von Mitgliederinteressen* zur laufenden direkten *Einflußnahme auf politische und gesellschaftliche Gestaltungsprozesse* (in der Regel durch Partizipation, Verhandlung, Anhörung, in Ausnahmefällen auch durch Drohung, Verweigerung, Protest, Bestechung usw.)<sup>42</sup>. Dies kann, aber muß nicht in Konkurrenz mit anderen Verbänden geschehen und folgt nur selten den Regeln eines Nullsummenspiels. Fragen der Organisation, Führungsauslese, Programmatik und Strategie sind im weitesten Sinne von der Zustimmung der Verbandsmitglieder (und damit deren Interessenwahrnehmung) abhängig, lassen jedoch

40 Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Anm. 3), S. 837.

41 Klaus von Beyme (Parteien in westlichen Demokratien, München: Piper 1984, S. 24) macht darauf aufmerksam, daß Parteien im Unterschied zu Interessengruppen in größerem Maße auf Wettbewerb ausgerichtet sind. Interessengruppen haben häufig keinen Gegenverband.

42 Jürgen Weber, Politikvermittlung als Interessenvermittlung durch Verbände, in: Sarcinelli, *Politikvermittlung* (Anm. 8), S. 213, betont, daß auf vielen Politikfeldern diese Einflußnahme eher durch ein Modell des Tausches als durch das Pressure-Modell zu erfassen ist.

fallweise der Verbandsführung große Gestaltungsspielräume. Die Interventionsfähigkeit von Verbänden beruht entscheidend auf ihrer Organisations- und Konfliktfähigkeit<sup>43</sup>, wobei vor allem Faktoren wie der Zugang zum Entscheidungssystem, zu Geld und Expertenwissen<sup>44</sup>, ergänzend aber auch Leistungsverweigerung oder die demonstrative Mobilisierung der Mitglieder zum Einsatz kommen. Unter einem abstrakteren Blickwinkel läßt sich der Erfolg eines Verbandes daran bemessen, inwieweit es ihm gelingt, die Interessen seiner Mitglieder gegenüber konkurrierenden Interessen zur Geltung zu bringen. Zentraler Operationsmodus von *sozio-politischen Bewegungen*<sup>45</sup> ist die *Erzeugung von Protesten*, mit denen um öffentliche Aufmerksamkeit und Zustimmung gerungen wird. Demnach werden Fragen der Organisation, Führungsauslese, Zielsetzung und Strategie im wesentlichen von der quantitativen und qualitativen Mobilisierung der Anhängerschaft bestimmt, die wiederum von der perzipierten Übereinstimmung zwischen Bewegungszielen und Protestmotiven<sup>46</sup> sowie der Erzielung (positiver) öffentlicher Resonanzen abhängt. Die Abhängigkeit von öffentlicher Resonanz als einer notwendigen, wenngleich nicht hinreichenden Voraussetzung für die Zielerreichung von Bewegungen ergibt sich insbesondere daraus, daß Bewegungen - im Unterschied zu anderen Interessengruppen - institutionalisierte Verbindungen zu den politischen und ökonomischen Eliten fehlen<sup>47</sup>.

Die wesentlichen Unterscheidungen zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen sind aus Schema 2 ersichtlich.

Bezieht man Parteien, Verbände und Bewegungen auf den oben genannten Funktionskatalog politischer Interessenvermittlung, so läßt sich vermuten, daß sie in ihrer tatsächlichen Praxis zwar alle genannten Funktionen wahrnehmen, aber dies in durchaus unterschiedlicher Gewichtung und Richtungspräferenz. Während Bewegungen den Aspekt der Generierung und Artikulation von Interessen in den Vordergrund stellen und ihre Anliegen und Problemdeutungen - meist vermittelt

---

43 Vgl. Claus Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hrsg.), *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt a.M.: Fischer 1972, S. 145 ff.

44 Vgl. Yves Mény, *Government and Politics in Western Europe*, Oxford: Oxford University Press 1990, S. 121 f.

45 Zur Unterscheidung von stärker politischen und stärker kulturell orientierten Bewegungen vgl. Raschke, *Soziale Bewegungen* (Anm. 12), und Dieter Rucht, Themes, Logics and Arenas of Social Movements: A Structural Approach, in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hrsg.), *Organizing for Change: Social Movement Organizations Across Cultures*, Greenwich: JAI Press 1988, S. 305 ff. Speziell zu soziopolitischen Bewegungen vgl. Jenkins, *Movements* (Anm. 33).

46 Vgl. Otthein Rammstedt, *Soziale Bewegung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1978, S. 132 f.

47 Vgl. Theodor Lowi, *The Politics of Disorder*, New York: Basic Books 1971.

**Schema 2: Typologie intermediärer politischer Interessenorganisationen**

Kriterium	Partei	Verband	Bewegung
Operationsmodus	Besetzung politischer Ämter	Repräsentation von Mitgliederinteressen	Protesthandlungen
Zentrale Ressourcen	Wählerstimmen	Expertenwissen; Geld; Zugang zum Entscheidungssystem; Leistungsverweigerung	Emphase der Anhängerschaft
Interne Verfahrensgrundlage	Satzung; hohe Rollenspezifikation	Satzung; hohe Rollenspezifikation	freies Aushandeln; geringe Rollenspezifikation

über Massenmedien - an die Parteien und das politisch-administrative System herantragen, spielen im Vergleich dazu die Funktionen der Aggregation und Transformation von Interessen eine größere Rolle für Parteien und Verbände. Soweit es jedoch um die Interessenvermittlung aus dem politisch-administrativen Raum in Richtung Bürgerschaft geht, sind soziale Bewegungen ebenso wie Verbände kaum ein geeignetes Instrument der Interessenvermittlung<sup>48</sup>. Zugespißt könnte man sagen: Bewegungen sind auf der Empörung ihrer Anhänger beruhende Problemanzeiger; Verbände sind auf eine bestimmte Klientel spezialisierte Interessenmaximierer; Parteien sind von Wählerstimmen abhängige Machterwerbsorganisationen. Sie bedürfen alle der Öffentlichkeit einschließlich der Massenmedien, dies jedoch in unterschiedlichem Maße. Für Bewegungen ist sie der primäre mittelbare oder unmittelbare Adressat<sup>49</sup>; Empörung muß öffentlich bekundet werden. Im Routinegeschäft der Parteien ist Öffentlichkeit weniger zentral; sie wird jedoch im Wahlkampf zur alles entscheidenden Größe. Für Verbände, die sich in erster Linie an die politischen Entscheidungsträger richten<sup>50</sup>, gibt es häufig direktere und effektivere Wege politischer Interessenwahrung als über die Erzeugung öffentlicher Resonanz. Als Faustregel kann wohl gelten: Je geringer der Grad an Institutionalisierung und Rollenspezifikation und je dürfti-

48 Interessant wäre allerdings zu prüfen, inwieweit Bewegungen wie der Faschismus oder der Peronismus dem Interessentransfer in Richtung Bürgerschaft gedient haben.

49 Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck, Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 42. Jg. (1990), H. 4, S. 642 ff.

50 Vgl. Mény, *Government* (Anm. 44), S. 113.

ger die Ressourcenausstattung, desto stärker ist die Abhängigkeit von öffentlicher Resonanz.

## 5. Wandlungen und Perspektiven intermediärer Systeme politischer Interessenvermittlung

Im groben gesehen, haben sich die heutigen Grundformen politischer Parteien, Verbände und soziopolitischer Bewegungen etwa zeitgleich im Verlauf des 19. Jahrhunderts herausgebildet<sup>51</sup>. Verschiedentlich wurde allerdings darauf hingewiesen, daß (fast alle) Parteien - und man könnte hinzusetzen: viele Verbände - als Überbleibsel der großen weltanschaulichen Bewegungen anzusehen sind<sup>52</sup>. Die soziale Formation, in der Parteien, Verbände und Bewegungen entstanden sind oder in der sie zumindest eine Schlüsselstellung für die politische Interessenvermittlung erlangt haben, ist die bürgerlich-liberale Gesellschaft auf nationalstaatlicher Grundlage. Vor dem Hintergrund der Wandlungen dieser Gesellschaftsformation sind auch die hier nur thesenförmig notierten Veränderungen intermediärer Systeme politischer Interessenorganisation zu interpretieren. Zu diesen Veränderungen rechne ich (1) ihre Bedeutungszunahme, (2) ihren Strukturwandel, (3) ihre abnehmende Bindungskraft sowie (4) Änderungen ihrer Funktionen und Wechselbeziehungen.

### 5.1. Bedeutungszunahme

Die Relevanz aller drei Formen der Interessenvermittlung scheint im Verlauf des 19. und 20. Jahrhundert zuzunehmen. Aus mehreren Gründen entsteht mit der nationalstaatlich organisierten bürgerlich-liberalen Gesellschaft ein erhöhter politischer Vermittlungsbedarf:

51 Vgl. Charles Tilly, *European Violence and Collective Action since 1700*, in: *Social Research*, 53. Jg. (1986), H. 1, S. 159 ff.; Hans-Peter Ullmann, *Interessenverbände in Deutschland*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1988; Maurice Duverger, *Political Parties*, London: Methuen 1954.

52 Giovanni Sartori (*Parties and Party Systems*, Cambridge: Cambridge University Press 1976, S. 319) zufolge waren Parteien anfangs auch keineswegs staatstragende Einrichtungen, sondern entstanden aus ihrer oppositionellen Haltung zum dominierenden Normensystem ihrer Zeit. Von Beyme (*Parteien* [Anm 41], S. 25) nimmt hiervon lediglich einige konservative und statuserhaltende Gruppen aus. Vgl. auch Otto Kirchheimer, *Politik und Verfassung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1964; Gordon Smith, *Social Movements and Party Systems in Western Europe*, in: Martin Kolinsky/William E. Paterson, *Social and Political Movements in Western Europe*, London: Croom Helm 1976, S. 346.

- Ein modernes Staatswesen differenziert sich aus und tritt der Gesellschaft in immer größerem Umfang als ordnende, intervenierende und leistende Kraft gegenüber. Zugleich erscheint die Gesellschaft in hohem Maße als veränderbar und gestaltbar. Damit wachsen sowohl die Verantwortlichkeiten des Staates für gesellschaftliche Verhältnisse als auch die Anspruchshaltungen von gesellschaftlichen Gruppen an Politik und Staat.
- Die primär vertikal differenzierte ständisch-korporatistische Gesellschaft wird im Zuge des epochalen Demokratisierungsprozesses auf eine primär horizontale Differenzierung umgestellt. Damit schwinden auch privilegierte Zugänge zur Politik. Mit der horizontalen Binnendifferenzierung der bürgerlichen Gesellschaft vermehren sich die u.a. durch Berufsgruppe, Wohnort, Lebenslage, Lebensalter und spezifische Belastungen markierten Ansatzpunkte politischer Interessenorganisation. Es organisieren sich Jugendliche und Rentner, geschiedene Ehemänner und alleinerziehende Mütter, Alkoholranke und Heilpraktiker, Autofahrer und Radfahrer. In der Dauerkonkurrenz nicht mehr traditional begründeter und nicht mehr ständisch abgegrenzter Interessenslagen wächst der Bedarf an effektiven Artikulations- und Aggregationsmöglichkeiten, aber auch der Zwang zu Koalitionsbildungen und Kompromissen.
- Schließlich erhöhen Faktoren wie die Maßstabsvergrößerung politischer Territorien, die politische Gewaltenteilung und die bereichsspezifische Auffächerung politisch-administrativer Aufgaben die Anknüpfungspunkte und den Vermittlungsbedarf zwischen "Bürger" und "Staat". Immer mehr Interessen werden gegenüber immer mehr und immer stärker spezialisierten Adressaten geltend gemacht. Damit zusammenhängend werden Informations- und Kommunikationsvorgänge stärker von Mittlern und Zwischenstufen - eben intermediären Systemen - abhängig, um ihre Adressaten zu erreichen.

## 5.2. Strukturwandel

Mit dem Bedeutungs- und Leistungszuwachs intermediärer politischer Systeme verbindet sich ihre weitere Ausdehnung, Formenvielfalt<sup>53</sup>, interne Differenzierung sowie ihr wachsender Institutionalisierungs- und Professionalisierungsgrad. Während dieser Trend für Parteien und Verbände kaum zu bestreiten ist, fügen sich Bewegungen nur bedingt diesem Muster. Gerade die für Parteien und Verbände typischen Bürokratisierungs- und Oligarchisierungstendenzen samt den damit verbundenen Entfremdungsphänomenen bilden eine Rechtfertigung - und zuweilen sogar einen Entstehungsgrund - für das Formprinzip soziale Bewe-

---

53 Diese Formenvielfalt gilt nicht nur für Verbände und Bewegungen. Alf Mintzel (Großparteien im Parteienstaat der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1989, B 11, S. 12 f.) zufolge ist mit einer anhaltenden Koexistenz mannigfaltiger Strukturtypen und Organisationsformen bei Parteien zu rechnen.

gung<sup>54</sup>. Auch soweit sich Bewegungen stärker institutionalisieren oder gar zu Verbänden und Parteien gerinnen, gibt dies Anlaß zu notorischen basisdemokratischen oder populistischen Erneuerungsversuchen mit einem anachronistisch erscheinenden Loblied auf Gemeinschaft, Solidarität und Authentizität. So gesehen verkörpern Bewegungen, obgleich ein Produkt der Moderne, ein durchaus vormodernes Element.

In enger Verbindung mit den Institutionalisierungstendenzen von Parteien und Verbänden steht eine im historischen Längsschnitt zu beobachtende Verlagerung ihres Aktionsraumes. Während dessen Gravitationszentrum in der Formationsphase der liberal-bürgerlichen Gesellschaft näher am fiktiven Pol "Gesellschaft" lag, rückten Verbände und insbesondere Parteien in der Folgezeit näher an das politisch-administrative System heran oder wuchsen sogar in dieses hinein. Einzelnen Verbänden - prototypisch hierfür steht der Bauernverband - gelang es, stabile Brückenköpfe innerhalb der Administration zu errichten. In eine ähnliche Richtung weist das Stichwort von der "Verstaatlichung der Parteien"<sup>55</sup>.

In dem Maße, wie diese Organisationen mit politisch-administrativen Organen korporatistische Verflechtungen eingehen oder sich zu Staaten im Staate, sog. Verbandsherzogtümer, entwickeln, scheint sich jedoch ihr soziales Wurzelwerk auszudünnen<sup>56</sup>. Unter diesen Bedingungen verschaffen sich unzureichend repräsentierte "Basisinteressen" auf lautstarke und oft unkonventionelle Weise Gehör oder verdichten sich zu "alternativen" Verbänden und "Graswurzelbewegungen". Derartige Herausforderungen können etablierte Parteien und Verbände zwingen, ihre Strukturen radikal zu erneuern, um ihre Sklerose aufzuhalten.

### 5.3. Abnehmende Bindungskraft

Die großen sozialen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts waren in homogenen und stark kontrastierenden Sozialmilieus verankert. Diese ideologisch und lebensweltlich integrierten Milieus bildeten den Nährboden für sich ausdifferenzierende, im Prinzip arbeitsteilig verfahrenende Systeme der Interessenvermittlung. Charakteristisch hierfür sind die Säulen der sozialistischen Bewegung, die den Grundfunktionen kommunikativer Vergemeinschaftung und lebenspraktischer Hilfestellung (Arbeiterkulturvereine, Genossenschaften), ökonomischer (Gewerkschaften) und politischer Interessenvertretung (Partei) dienten.

---

54 Vgl. Wolf-Dieter Narr, Zum Politikum der Form, in: *Leviathan*, 8. Jg. (1980), H. 2, S. 143 ff.

55 Jürgen Habermas, Volkssouveränität (Anm. 22), S. 470.

56 So spricht z.B. Nedelmann, *New Political Movements* (Anm. 7, S. 1044), von einem fehlenden oder zumindest schwachen Bindeglied zwischen den relativ nahe an den individuellen Bedürfnissen angelagerten neuen politischen Bewegungen und den nahe an Entscheidungssystemen ansetzenden traditionellen politischen Parteien und Interessenorganisationen.

Die Einbindung in diese Organisationstypen war oft dauerhaft ("von der Wiege bis zur Bahre") und beruhte auf einer deutlichen Innen/Außen-Differenz, die zumal gegenüber konkurrierenden politischen Lagern identitätsstützend wirkte.

Diese Voraussetzungen sind weithin erodiert<sup>57</sup>. An ihre Stelle tritt neben neuen, eher durch Lebensstile als durch Klassenzugehörigkeiten geprägten Milieus<sup>58</sup> ein stärker instrumentelles Verhältnis zu Parteien, Verbänden und - in geringerem Maße - zu Bewegungen, das situations- und themenabhängig variiert und eine Vielfalt von Kombinationen zuläßt. Man könnte von einem Trend in Richtung eines Patchwork-Engagements sprechen. "Volatilität wird mit abnehmender Parteiidentifikation in westlichen Demokratien wieder größer."<sup>59</sup> Erinnert sei nur an die Phänomene dealignment und issue voting<sup>60</sup>, aus denen freilich keine Krise der Parteiensysteme abgeleitet werden kann<sup>61</sup>. Ebenso scheinen die zwischen verschiedenen Einzelbewegungen frei flottierenden Engagements protestbereiter Bürger zuzunehmen<sup>62</sup>. Das hat Konsequenzen für die Systeme politischer Interessenvermittlung, die immer weniger auf eine stetige Loyalität ihrer Anhänger bzw. Mitglieder bauen können. Wem kann man noch für die fünfzigjährige Mitgliedschaft danken? Die Sicherung der Anhängerschaft wird zur Daueraufgabe, die einen nicht unbeträchtlichen Teil der organisatorischen Ressourcen bindet. Die Anhängerschaft will "gepflegt" und umworben werden. Sie behält es sich vor, woran, wann und wie sie sich beteiligt.

57 Für diese generelle These vgl. Rainer M. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, in: Wilhelm Abel et al. (Hrsg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart: G. Fischer 1966, S. 371 ff. Speziell für die Arbeiterschaft zeigt dies Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1984. Zur Erosion traditioneller Parteimilieus vgl. Michael Th. Greven, *Parteimitglieder*, Opladen: Leske & Budrich 1987, S. 124 ff. Diese Entwicklung findet ihre Entsprechung auf seiten der Parteien: "Die Organisationsmittel der Parteiendemokratie tendieren zur immer vollkommeneren Gleichgültigkeit nicht gegenüber den Willenskundgebungen des Wählers (um die die Parteien ja geradezu konkurrieren), sondern gegenüber den kollektiven Lebenslagen und Identitätsvorstellungen, aus denen diese Willenskundgebungen hervorgehen. Nicht warum und von wem, sondern daß so und nicht anders votiert werde, ist für sie maßgeblich." Claus Offe, Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität, in: Roland Roth (Hrsg.), *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1980, S. 34.

58 Vgl. Heiko Geiling/Michael Vester, Die Spitze eines gesellschaftlichen Eisbergs: Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus, in: Roth/Rucht, *Neue soziale Bewegungen* (Anm. 9), S. 237 ff.

59 V. Beyme, *Parteien* (Anm. 41), S. 373.

60 Vgl. Hans-Dieter Klingemann/Martin P. Wattenberg, Zerfall und Entwicklung von Parteiensystemen, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 325 ff.; Russell J. Dalton, *Citizen Politics in Western Democracies*, Chatham: Chatham 1988, S. 192 ff.

61 Vgl. dazu v. Beyme, *Parteien*, (Anm. 41), S. 435 f.

62 Vgl. Rainer Paris, *Situative Bewegung. Moderne Protestmentalität und politisches Engagement*, in: *Leviathan*, 17. Jg. (1989), H. 3, S. 322 ff.



#### 5.4. Koexistenz und Konkurrenz

Die zuletzt genannten Faktoren - Strukturwandel und abnehmende Bindungskraft - lassen die Interaktionsbeziehungen zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen nicht unberührt. Zum einen verlagern sich aufgrund der internen Institutionalisierungs- und Oligarchisierungstendenzen die strategisch wichtigen interorganisatorischen Beziehungen stärker auf Führungszirkel und Expertenstäbe. Das jeweilige Fußvolk applaudiert oder mißbilligt, liefert oder verweigert Ressourcen, erfährt häufig nur noch aus der Mitgliederzeitung oder der Tagespresse, was "oben" beschlossen wurde. Zum anderen verschärft die abnehmende Bindungskraft den Konkurrenzkampf zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen. Das erhöht den Profilierungsdruck, nötigt auch organisationsintern zu einer immer größeren Anzahl von Kampagnen für immer kleiner werdende Zielgruppen, um die sich gleichzeitig immer mehr Organisationen bemühen. Das muß nicht zwangsläufig ein Nullsummenspiel wechselseitiger Abwerbeversuche bedeuten. In den vergangenen Jahrzehnten hat das Interesse an Politik zugenommen. Die Mitgliederzahlen der Parteien, aber auch der freiwilligen Vereinigungen<sup>63</sup> sind langfristig gestiegen. Da die Anzahl der Organisationen ebenfalls zunahm, müssen sich die Mehrfachmitgliedschaften erhöht haben. Damit scheint eine gelockerte Bindung an solche Vereinigungen einherzugehen. Zugleich ist auf der personalen Ebene ein Trend zur parallelen Anwendung konventioneller Aktionen (meist im Rahmen von Parteien und Verbänden) und unkonventioneller Aktionen (meist im Rahmen von Bewegungen) nachzuweisen<sup>64</sup>. Es wäre nicht überraschend, wenn dies auch für Parteien, Verbände und Bewegungen insgesamt gälte.

Für die dauerhafte Koexistenz trotz wachsender Konkurrenz von Parteien, Verbänden und Bewegungen sind noch tieferliegende Gründe anzugeben, die sich aus ihren bereits angedeuteten funktionalen Differenzierungen ergeben.

Während es im Falle der Parteien evident ist, daß ihre an das parlamentarische System gekoppelte Grundfunktion der Maximierung von Wählerstimmen als Grundlage der Besetzung politischer Ämter nicht von Interessenverbänden und Bewegungen erfüllt werden kann, ist es umgekehrt keineswegs selbstverständlich, daß Parteien die Leistungen von Verbänden und Bewegungen nicht mit übernehmen und diese damit obsolet werden lassen. Warum also haben Verbände und Bewegungen neben Parteien überlebt? Mehrere Gründe sind denkbar und empirisch wahrscheinlich:

- Eine erste Vorstellung geht davon aus, daß Parteien systematische Defizite der Interessenvermittlung aufweisen, die nur Verbände und/oder Bewegungen

63 Siehe für die USA Frank R. Baumgartner/Jack L. Walter, Survey Research and Membership in Voluntary Associations, in: *American Journal of Political Science*, 32. Jg. (1988), H. 4, S. 908 ff.

64 Vgl. Barnes/Kaase et al., *Political Action* (Anm 9).

ausgleichen können. Hierbei ist zunächst an sehr partikulare, in sich homogene Interessen zu denken, die sich nicht in breite, auf Kompromiß und Relativierung bedachte Programme von (Volks-)Parteien integrieren lassen, ohne dort große Spannungen auszulösen. Unter dieser Voraussetzung ist es naheliegend, daß Parteien solche Interessen vernachlässigen und diese sich demzufolge in eigenständigen und profilierten Formen bündeln.

- Gemäß einer zweiten Überlegung führt die Fixierung der Parteien auf Wahltermine und Legislaturperioden dazu, daß sehr allgemeine, langfristige und wenig profilierungstüchtige Fragen vernachlässigt und von nicht parteiförmigen Organisationen dann aufgegriffen werden. Ein Beispiel hierfür sind Hunger und Elend in der Dritten Welt, die sich typischerweise bestimmte Verbände und Bewegungen, aber kaum Parteien zum Anliegen machen.
- Eine dritte Argumentation verweist auf die Politikferne bestimmter Interessen, die somit aus guten Gründen im "vopolitischen" Raum, parteifern oder parteiübergreifend organisiert werden. Beispiele hierfür sind Sportverbände oder bestimmte religiöse Gruppen, die kaum genuin politische Interessen artikulieren und sich vom "Parteiengozänk" fernzuhalten versuchen.
- Eine vierte Begründungslinie betont die Vorteile einer Arbeitsteilung zwischen Parteien, Verbänden und Interessengruppen unter der Voraussetzung einer hohen ideologischen Affinität<sup>65</sup>. Insbesondere Gruppierungen mit breiten, auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen gerichteten Anliegen sehen sich durch die Praxis des "getrennt marschieren, vereint schlagen" am ehesten in der Lage, ihren anspruchsvollen Zielen näherzukommen. Dafür steht die bereits erwähnte Komplementarität zwischen Genossenschaften, Gewerkschaften und Parteiorganisation.

In diesem Beitrag wurden vor allem Beziehungen von drei Systemen politischer Interessenvermittlung zur Bürgerschaft einerseits und zum politisch-administrativen System andererseits behandelt. Weitgehend ausgeklammert blieben dagegen die Beziehungsmuster zwischen den drei Systemen der Interessenvermittlung. Hier wäre es sinnvoll, eine Typologie solcher Beziehungsmuster zu entwerfen<sup>66</sup>

65 Ullmann (*Interessenverbände* [Anm. 51], S. 269) vermutet eine Abnahme der ideologischen und wirtschaftlichen sowie personellen Verflechtungen zwischen Parteien und Verbänden. Dagegen betont Bernhard Weßels (*Vielfalt oder strukturierte Komplexität?*, Discussion Paper FS III 90-204, Wissenschaftszentrum Berlin 1990) die starke Abstützung der im Parteiensystem repräsentierten cleavages durch das Verbändesystem.

66 In Anlehnung an Amitai Etzioni (Elemente einer Makrosoziologie, in: Wolfgang Zapf [Hrsg.], *Theorien des sozialen Wandels*, Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1969, S. 153), der Zwang, Utilitarismus und Norm als die grundlegenden Typen sozialer Beziehungen ausweist, ließen sich die Beziehungsmuster zwischen Parteien, Interessengruppen und sozialen Bewegungen als solche der Dominanz, der Konkurrenz und der Solidarität (bzw. Wahlverwandtschaft) beschreiben. Empirisch finden wir für alle diese Muster und ihre Kombinationen eine Fülle von Anschauungsmaterial, das jedoch kaum unter systematischen Gesichtspunkten analysiert worden ist. Zu einer Typologie der Beziehungen zwischen "wahlverwandten" Parteien und Bewegungen vgl.

und im Hinblick auf die oben hypothetisch genannten Gründe für die dauerhafte Koexistenz von Parteien, Verbänden und Bewegungen empirisch zu klären, unter welchen Bedingungen welche Interessen von wem und in welcher Form vertreten werden und komplementäre Leistungen sichtbar zu machen. Dabei könnten sich strukturelle Vor- und Nachteile bestimmter Formen der Interessenvermittlung und deren Zusammenwirken zeigen, wie sie sich in den Glotzschen Bildern von schwerfälligen, aber leistungsfähigen und stabilen "Tankern" und wendigen, aber windabhängigen und wackeligen "Surfern" andeuten<sup>67</sup>. Das genauere Studium der Wechselbeziehungen von Parteien, Verbänden und Bewegungen erfordert, die heute vorherrschenden Bereichsspezialisierungen zwar nicht aufgeben, aber doch in der Weise zu überbrücken, daß die realpolitischen Zusammenhänge nicht verloren gehen. Solche Zusammenhänge bestehen auf der Mikroebene aufgrund der Verbindung verschiedenster Partizipationsformen durch ein- und dasselbe Individuum, auf der Mesoebene durch den Widerstreit, die Konkurrenz und die Kooperation intermediärer Systeme politischer Interessenvertretung und auf der Makroebene durch die Prägekraft historisch bestimmter Rahmenbedingungen für kollektive Interessenwahrnehmung. Problematisch ist nicht nur die Isolierung einer Partei-, Verbände- und Bewegungsforschung, sondern auch eine wechselseitige Ignoranz von mikro- und makroorientierter Analyse. Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint es angebracht, das Erbe einer breit angelegten Politischen Soziologie, wie sie etwa von Max Weber betrieben wurde, weiterzuführen.

---

Rucht, Parteien (Anm. 14). Zu einer empirischen Illustration dieses Verhältnisses in Frankreich vgl. Robert Ladrech, Social Movements and Party Systems: The French Socialist Party and New Social Movements, in: *West European Politics*, 12. Jg. (1989), H. 3, S. 262 ff. Eine Typologie von Beziehungsmustern zwischen Parteien und Gewerkschaften bietet Clemens A. Wurm (Die Gewerkschaften in der französischen Politik, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 25. Jg. [1984], H. 2, S. 193 ff.) in Anlehnung an andere Autoren.

67 Neuere Analysen deuten darauf hin, daß gerade das spezifische Formprinzip, das der österreichischen und schwedischen Sozialdemokratie zu besonderen Erfolgen verhalf, sich unter anderen Kontextbedingungen zu einem Hemmschuh entwickelt. Vgl. Herbert Kitschelt, *New Social Movements* (Anm. 12).